

NIEDERSCHRIFT

über die Gemeinsame öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Ausschüsse für Bau und Verkehr und Schule und Sport

am 14.02.2018

im Ratssaal

Anwesend:

Vorsitz:

Ratsherr Jens Holzrichter	FDP	
Ratsherr Jens Voß	SPD	gleichzeitig Vertreter für Ratsherrn Dudas im Bau- und Verkehrsausschuss

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Norbert Adam	CDU	
Ratsherr Jürgen Appelt	Bündnis 90/ Die Grünen	Vertreter für Ratsherrn Bodenheimer
Ratsherr Rolf Breucker	SPD	
Ratsfrau Ingrid Fischer	CDU	gleichzeitig Vertreterin für Ratsfrau Rogalske im Bau- und Verkehrsausschuss
Ratsherr Dirk Franke	SPD	
Ratsfrau Dr. Antje Heider	CDU	
Ratsfrau Karin Hertes	SPD	
Ratsfrau Sandra Manß	SPD	
Ratsfrau Susanne Mewes	CDU	gleichzeitig Vertreterin für Ratsherrn Kahler im Schul- und Sportausschuss
Ratsherr Björn Schöttler	CDU	Vertreter für Ratsherrn Meyer
Ratsfrau Nicole Schulte	SPD	gleichzeitig Vertreterin für Ratsherrn Ferber im Bau- und Verkehrsausschuss
Ratsfrau Elisabeth Siebensohn	CDU	gleichzeitig Vertreterin für Ratsfrau Rigas-Gülde im Schul- und Sportausschuss
Ratsherr Michael Thielicke	SPD	
Ratsherr Michael Thomas-Lienkämper	DIE LINKE.	
Ratsfrau Ramona Ullrich	SPD	gleichzeitig Vertreterin für Ratsfrau Skorupa im Bau- und Verkehrsausschuss
Zweiter Stellvertretender Bürgermeister Björn Weiß	CDU	Vertreter für Ratsherrn Wakup
Herr Florian Wüllner	FDP	Vertreter für Herrn Petereit
Frau Julia Decker	Bündnis 90/ Die Grünen	
Frau Gesthimani Demirtzoglou	CDU	
Herr Horst Eick	SPD	
Frau Brunhilde Gromball	FDP	
Herr Jamel Hellwig	SPD	

Herr Richard Oettinghaus	Alternative für Lüdenscheid
Frau Helga Poimann	Fraktionslos
Herr Michael Pottgießer	DIE LINKE.
Frau Anette Schwarz	FDP
Herr Andreas Stach	Bündnis 90/ Die Grünen

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Herr Frank Bisterfeld	Fraktionslos
Herr Lothar Büth	Fraktionslos
Herr Thomas Funk	Fraktionslos
Frau Bettina Göldner	Fraktionslos
Herr Thomas Lammers	Fraktionslos
Frau Christiane Langs-Blöink	Fraktionslos
Herr Dieter Utsch	Fraktionslos

Beratende Mitglieder Integrationsrat

Frau Kalliopi Georgiadou	Internationale Liste der SPD
Frau Sandra Manß	Internationale Liste der SPD

Verwaltung:

Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Dr. Karl Heinz Blasweiler	
Herr Martin Bärwolf	
Herr Matthias Reuver	
Frau Kerstin Kotziers	
Herr Frank Kuscmirtz	
Herr Georg Thomys	
Herr Cem Demir	
Frau Katja Fernholz-Bernecker	Vertreterin für Herrn Schulte-Huermann
Herr Karl-Heinz Spangenberg	
Herr Ralf Ziomkowski	
Frau Christina Padovano	
Frau Christin Spangenberg	
Herr Hartmut Fellenberg	

Schriftführung:

Frau Andrea Schmermbeck

Abwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Otto Bodenheimer	Bündnis 90/ Die Grünen
Ratsherr Gordan Dudas MdL	SPD
Ratsherr Fabian Ferber	SPD
Ratsherr Timothy Kahler	CDU
Ratsherr Michael Meyer	CDU
Ratsfrau Monika Oettinghaus	Alternative für Lüdenscheid
Ratsfrau Sabine Rigas-Gülde	CDU
Ratsfrau Britta Rogalske	CDU
Ratsfrau Heide-Marie Skorupa	SPD
Ratsherr Sebastian Wagemeyer	SPD
Ratsherr Hansjürgen Wakup	CDU
Herr Dominik Petereit	FDP

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Herr Markus Geisbauer	Fraktionslos
Herr Martin Kornau	Fraktionslos
Frau Katharina Thimm	Fraktionslos

Gäste:

Herr Winfried Becker
Frau Christa Sacher
Ratsfrau Tanja Tschöke

Bündnis 90/
Die Grünen

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:22 Uhr

1. Verpflichtung eines Ausschussmitgliedes

Die Verpflichtung des Sachkundigen Bürgers Herrn Florian Wüllner erfolgt in der vorgesehenen Form.

2. Öffentliche Fragestunde

Keine

3. Bericht Eigenreinigung Vorlage: 005/2018

Vorsitzender Ratsherr Voß erteilt Herrn Dr. Blasweiler das Wort.

Herr Dr. Blasweiler teilt mit, dass dem Bericht die neuesten Zahlen der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) zugrunde liegen, da die KGSt eine Neuberechnung der Kosten des Arbeitsplatzes vorgenommen hat.

Sein Dank richtet sich an die örtliche Rechnungsprüfung, die sich den Rechenweg und die Berechnungen angeschaut hat und somit die entsprechenden Daten zum Bericht beigetragen hat.

Außerdem lägen dem Bericht umfangreiche Recherchen zugrunde. Alle dort aufgeführten Varianten hätten Vor- und Nachteile. So stelle dieser Bericht eine gute Grundlage für die weitere politische Diskussion dar.

Des Weiteren begrüßt Herr Dr. Blasweiler die Stellungnahme des Personalrates bezüglich der Eigenreinigung und findet die inhaltlichen Aspekte nachvollziehbar und beachtenswert.

Herr Dr. Blasweiler führt aus, dass die Unzufriedenheit mit der Reinigung nicht nur aufgrund des Wechsels der Reinigungsfirma entstanden ist. Mit dem Wechsel der Reinigungsfirma wurden gleichzeitig auch die Reinigungsvorgaben verändert. Zudem wurde der Wechsel seitens der Zentralen Gebäudewirtschaft, z. B. was die Kommunikation zwischen den Schulleitungen bzw. den Schulhausmeister/innen angeht, unzureichend begleitet.

Anschließend stellt die Personalratsvorsitzende Frau Padovano die Stellungnahme des Personalrates zu diesem Thema in den wesentlichen inhaltlichen Punkten, insbesondere im Hinblick auf die sozialen Aspekte, vor.

In der sich anschließenden Erörterung teilt Vorsitzender Ratsherr Voß mit, dass er den vorliegenden Bericht und die Stellungnahme des Personalrates für eine gute und differenzierte Grundlage für die weitere Diskussion und die weitere Entscheidungsfindung bezüglich der Gestaltung der Reinigung von städtischen Gebäuden hält. Sein Dank richtet sich diesbezüglich an die Verwaltung. Er gibt jedoch zu bedenken, dass bei der zukünftigen Gestaltung zu

beachten ist, dass eine sofortige Rückkehr zur möglichen kompletten Eigenreinigung aus finanzieller Sicht und aufgrund bestehender Verträge nicht realisierbar wäre.

Auf die Fragen von Ratsherrn Adam, ob unterschiedliche Firmen für die städtischen Gebäude zuständig seien und wer die Reinigungsqualität kontrolliere, antwortet Herr Kuschmirtz, dass die Stadt Lüdenscheid aufgrund des großen Reinigungsumfanges verschiedene Firmen beauftragt hat. Dieses hänge auch mit den unterschiedlichen Zeitpunkten für die Ausschreibung unterschiedlicher Leistungsblöcke zusammen. Im vorletzten Jahr wurde der Leistungsblock „Schulen“ und im kommenden Jahr werde der Leistungsblock „Kindertagesstätten“ ausgeschrieben.

Ratsherr Thomas-Lienkämper legt den Schwerpunkt auf die sozialen Aspekte und fragt, unter welchen Bedingungen die Reinigungskräfte arbeiten müssen. Außerdem sollte die Frage gestellt werden, was zu kontrollieren ist. Hierbei sollten nicht nur die Flächenarbeitsbedingungen der Kontrolle unterliegen.

Ratsherr Appelt fragt, wie z. Zt. die hygienischen Anforderungen erfüllt werden, wenn z. Zt. keine Kontrollen durchgeführt werden, und ob ein Einsatz von Technik (z. B. durch Reinigungsroboter) in Betracht gezogen wurde bzw. werden kann, um dadurch evtl. den Personaleinsatz zu reduzieren.

Dazu führt Herr Kuschmirtz aus, dass die Schulhausmeister/innen Kontrollen durchführen, jedoch seien diese nicht immer dann vor Ort, wenn die Reinigung, z. B. der Turnhallen in den späteren Abendstunden, stattfindet. Es wurden aber nicht nur die Reinigungsleistungen ausgeschrieben, sondern auch, dass die Firmen Objektleitungen haben müssen, denen die Kontrolle obliegt. Die Schulhausmeister/innen geben dann eine Mängelliste an die Zentrale Gebäudewirtschaft weiter, aber es wurde festgestellt, dass der dadurch entstehende Arbeitsanfall nicht mit einer halben Planstelle leistbar ist. Dankeswerterweise habe die Politik einer neu zu schaffenden Planstelle zugestimmt, an deren Ausschreibung die Stadt jetzt arbeite.

Bezüglich des Einsatzes von Technik erwähnt Herr Kuschmirtz, dass dieser im Interesse der Reinigungsfirma liegen muss. Vorsitzender Ratsherr Voß ergänzt, dass ein Technikeinsatz nicht immer optimal ist.

Ratsherr Holzrichter ist der Meinung, dass eine Kontrolle der Reinigungsleistung eine Personalaufstockung voraussetze, auch wenn die Stadt Eigenreinigung betriebe. Die Abwägung der sozialen Aspekte sei seiner Meinung nach entscheidend bei der Frage für die weitere Vorgehensweise. Der momentane unbefriedigende Zustand resultiere aber auch an der damals beschlossenen Einsparung der Reinigungsleistung und nicht nur an den Reinigungsfirmen. Ratsherr Holzrichter vertritt die Auffassung, dass die Stadt in Zukunft die Reinigungsanforderungen erhöhen muss, da z. B. die Sanitäreinrichtungen in den städtischen Einrichtungen durch den Ganztagsbetrieb häufiger frequentiert werden. Jedoch sieht seine Fraktion aber momentan keinen finanziellen Spielraum für eine Rekommunalisierung der Reinigung. Auch der Aspekt des Datenschutzes muss seiner Meinung nach, evtl. durch Nachfrage bei anderen Behörden, geregelt werden.

Vorsitzender Ratsherr Voß bittet um Beantwortung, inwieweit die Fragen der sozialen Aspekte bzgl. der Bezahlung der Reinigungskräfte durch ein entsprechendes Vertragswerk Rechnung getragen werden können.

Herr Dr. Blasweiler führt dazu aus, dass die Verwaltung diesbezüglich noch keine konkreten Überlegungen angestellt hat. Die momentane Rechtslage sieht Mindeststandards vor, die mit den Ausschreibungsunterlagen angefordert bzw. abgefragt werden. In dem Zusammenhang stellt sich zum einen die Frage der Kontrollmöglichkeit und zum anderen existiert im Reinigungsbereich eine heterogene Personalstruktur, d. h. es gibt Festangestellte und Teilzeitkräfte. Die Verwaltung werde sich mit dieser Thematik auseinandersetzen und in einer späteren Ausschusssitzung darüber berichten.

Vorsitzender Ratsherr Voß stellt dar, dass in dieser Sitzung keine Entscheidung zu fällen sei, wie es mit der Durchführung der Reinigung weitergehe, sondern dass es sich lediglich um einen Bericht der Verwaltung handle, der zur Kenntnis gegeben werde und als Grundlage für

die weitere Entscheidungsfindung dienen solle. Herr Kuschmirtz bittet die Ausschussmitglieder, sich bei evtl. weiteren auftretenden Fragen an die Mitarbeiter der Zentralen Gebäudewirtschaft zu wenden.

Frau Schwarz weist hinsichtlich der sozialen Aspekte darauf hin, dass es einen Tarifvertrag gibt, der die Konditionen regelt, und sie gehe davon aus, dass diese auch eingehalten werden. Die Konditionen für darüber hinaus erbrachte Leistungen könnten dann zusätzlich in einer Klausel im Zuge einer Ausschreibung aufgenommen werden. Des Weiteren ist es ihr ein Anliegen, dass die Reinigungsleistung, insbesondere in Kindertageseinrichtungen und Schulen, erhöht wird, da sich dort bekanntermaßen Krankheiten schnell verbreiten.

Beschluss:

Der Bericht Eigenreinigung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Für den Bau- und Verkehrsausschuss:

Ja-Stimmen:	19
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Für den Schul- und Sportausschuss:

Ja-Stimmen:	20
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

4. Kapitel 2 des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes NRW (KInvFG NRW); hier: Beantragung von Zuwendungen Vorlage: 015/2018

Herr Reuver stellt die Eckpunkte und die wesentlichen Maßnahmen der Beschlussvorlage vor.

Ratsherr Adam begrüßt die zeitnahe Bereitstellung der Bundesmittel durch das Land Nordrhein-Westfalen. Er stellt die Frage, ob der Einbau bzw. die Modifizierung von ELA-Anlagen gesetzlich vorgeschrieben ist. Des Weiteren möchte er wissen, ob die Maßnahmen „Sanierung von Holz-(paneel-)decken in Eingangsbereichen“ aufgrund der Vorschriften des Brand-schutzes aufgenommen wurden. Ratsherr Adam merkt an, dass es außer der Turnhalle der Otfried-Preußler-Grundschule auch noch andere Turnhallen gebe, an denen Maßnahmen zur Nutzungsänderung für Veranstaltungen bis 200 Personen notwendig seien, um z. B. Einschulungsfeiern zu ermöglichen. In seinen weiteren Ausführungen hält Ratsherr Adam vor Augen, dass in der Vergangenheit 3 Grundschulen geschlossen worden seien und ein alter Standort am Wefelshohl reaktiviert werde. Er äußert seinen Unmut über die Veranschlagung von 1,1 Mio € für die Sanierungsmaßnahmen für das Schulgebäude Friedensschule, obwohl der Märkische Kreis der Nutzung der Friedensschule nicht zugestimmt habe. Die Frage stelle sich, ob man eine neue Schule in der Größenordnung der Friedensschule (320 Schüler) überhaupt benötige und ob der Standort der ideale sei, da in deren Nachbarschaft mehrere Grundschulen vorhanden seien. Aus diesen Gründen könne die CDU-Fraktion nicht allen Maßnahmen zustimmen. Des Weiteren stellt Herr Adam die Frage, ob vor dem Hintergrund

der erstellten Prioritätenliste Alternativ-Maßnahmen geprüft wurden und ob bauliche Veränderungen aufgrund des OGS-Betriebes vorgenommen werden müssen.

Herr Reuver entgegnet darauf, dass die ELA-Anlagen nicht nur für Lautsprecherdurchsagen genutzt werden, sondern vor dem Hintergrund von Amok eine wichtige Daseinsberechtigung haben. Des Weiteren erwähnt Herr Reuver, dass die Verwaltung sich durchaus mehrere Gedanken über die einzelnen Maßnahmen gemacht habe und diese für förderfähig halte. Dies müsse dann jedoch noch abschließend mit der Bezirksregierung geklärt werden. Er weist daraufhin, dass die anderen Maßnahmen nicht zum Erliegen kommen, da die Schulpauschale weiterhin zur Verfügung stehe.

Die Frage von Ratsherrn Thomas-Lienkämper, ob diese vorgeschlagenen Maßnahmen zu einer Entlastung der Prioritätenliste führen, wird bejaht.

Ratsfrau Mewes erschließt sich noch nicht, warum die Maßnahme Friedensschule aufgenommen wurde, wo gar nicht feststehe, ob diese für einen möglichen Schulstandort benötigt werde. Sie befürchtet, dass diese Mittel bei Nichtbenötigung verloren gehen. Herr Kuschmirtz antwortet, dass keine Gelder verloren gehen, da die anderen Maßnahmen aufgrund der Personalsituation vor April nicht in Angriff genommen werden.

Ratsherr Adam spricht sich erneut dafür aus, die Mittel in Höhe von 1,1 Mio €, die jetzt für die Friedensschule vorgesehen seien, für Maßnahmen der Prioritätenliste zu verwenden.

Vorsitzender Ratsherr Voß sagt, dass die Wahrscheinlichkeit der Notwendigkeit eines weiteren Grundschulstandortes gegeben ist. Deshalb sieht er keinerlei Probleme, diese Mittel für die Friedensschule zu beantragen, zumal die Mittel bei Nichtinanspruchnahme für die Friedensschule nicht verloren gehen, sondern dann für andere Maßnahmen verwendet werden können.

Zu den Maßnahmen zur Sanierung von Holz-(paneel-)decken in Eingangsbereichen verschiedener Schulen steht Vorsitzender Ratsherr Voß auf dem Standpunkt, dass, wenn eine solche Brandlast erkannt werde, sie auch gebannt werden müsse, damit niemand zu Schaden komme. Diese Maßnahmen seien seitens der Verwaltung vor dem Hintergrund des Brandschutzes aufgenommen worden.

Ratsherr Weiß findet, dass die Maßnahme Schulgebäude Friedensschule zum jetzigen Zeitpunkt verfrüht ist, denn erst sollte geklärt werden, ob ein neuer Grundschulstandort benötigt werde, dann an welchem Standort und zuletzt sollte die Beantragung der Fördermittel stehen.

Zum Verständnis schlägt Vorsitzender Ratsherr Voß vor, dass die Verwaltung zunächst die Schulentwicklungsplanung im Schul- und Sportausschuss vorstellt und wenn diese zu dem Ergebnis kommt, dass der Schulstandort Friedensschule benötigt werde, würden die Fördermittel beantragt.

Herr Reuver ergänzt, dass hinter der Maßnahme Sanierung Holzdecken nicht nur der Brandschutz stehe, sondern zu dem die Erneuerung der darunter liegenden technischen Anlagen.

Ratsherr Schöttler stellt hinsichtlich der Friedensschule die Frage, ob es nicht kostengünstiger gewesen wäre, einen alten bereits geschlossenen Grundschulstandort wieder zu reaktivieren. Er möchte wissen, in welchem Verhältnis diese Reaktivierungskosten zu den jetzt beantragten 1,1 Mio € stehen.

Auf diese Frage antwortet Herr Reuver, dass hierbei die Regionalität beachtet werden müsse, und zum jetzigen Zeitpunkt sei der Schulstandort Friedensschule auch im Hinblick auf die Schuleinzugsbezirke seitens der Verwaltung geeignet.

Vorsitzender Ratsherr Voß teilt zu den bereits geschlossenen Schulstandorten mit, dass Brüninghausen nicht mehr zur Verfügung stehe, da sich dort eine soziale Einrichtung für Kinder und Jugendliche befinde und die ehemalige Grundschule Schöneck ebenfalls nicht, da sich dort das Integrationszentrum befinde. Der geschlossene Standort der Herrmann-

Gmeiner-Grundschule stehe noch zur Verfügung, der sich aber im Außenbezirk (Stadtteil Rathmecke/Dickenberg) befinde.

Ratsherr Holzrichter stellt dar, dass die Verwaltung bereits mehrfach dargelegt habe, dass die Stadt Lüdenscheid aufgrund der Schulentwicklungsplanung einen neuen Grundschulstandort benötige. Es habe sich dabei auch abgezeichnet, dass es sich um einen innenstadtnahen Standort handeln solle, und deshalb komme für ihn der Standort der ehemaligen Herrmann-Gmeiner-Grundschule gerade für Grundschüler aufgrund der Länge des Schulweges nicht in Betracht. Durch die Aufnahme der Maßnahme der Reaktivierung der Friedensschule zum möglichen Grundschulstandort in das Programm des Kommunalinvestitionsförderungsgesetz NRW werde die Schulpauschale nicht belastet.

Aufgrund der unterschiedlichen Meinungen hinsichtlich der Maßnahme Schulgebäude Friedensschule und der Nichteindeutigkeit der Formulierung des Beschlussvorschlages schlägt Ratsherr Holzrichter folgenden abweichenden Beschluss zur Abstimmung vor.

Abweichender Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, für die in der Begründung dargestellten Maßnahmen bei der Bezirksregierung Arnsberg Anträge auf Zuwendung im Rahmen des Kapitels 2 des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes NRW zu stellen. Für die Maßnahme Friedensschule gilt der in der Begründung beschriebene Vorbehalt auf Seite 4.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Veranschlagung der entsprechenden Mittel einschließlich des erforderlichen Eigenanteils für das Haushaltsjahr 2019 und die Folgejahre vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Für den Bau- und Verkehrsausschuss:

Ja-Stimmen:	19
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

Für den Schul- und Sportausschuss:

Ja-Stimmen:	20
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

5. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

5.1. Bekanntgaben

5.1.1. Bedarfsabfrage Offene Ganztagsgrundschule

Herr Reuver gibt bekannt, dass die Verwaltung die Ergebnisse der stattgefundenen Bedarfsabfrage in der Schul- und Sportausschusssitzung nach den Osterferien vorstellt.

In diesem Zusammenhang berichtet er, dass die Verwaltung mit dem Berater im Offenen Ganztage, Herrn Ostermann (Schulleiter der Adolf-Kolping-Grundschule), im Dialog stehe, um für die Weiterentwicklung von Standards einzutreten. Hierbei gehe es um die zeitlichen

Strukturen, den Fachkräfteeinsatz, die Fortbildung, Themen der Ernährung und um Spezialfragen, z. B. Ausschluss von Kindern aus der Offenen Ganztagschule. Die Verwaltung werde die Mitglieder des Schul- und Sportausschusses über die Ergebnisse informieren.

5.2. Beantwortung von Anfragen

5.2.1. Beantwortung Anfrage Ratsherr Adam "Nutzung von Turnhallen für Schulveranstaltungen"

Da Ratsherrn Adam die schriftliche Beantwortung seiner Anfrage nicht vorliegt, tragen Herr Reuver und Frau Kotziers diese den Mitgliedern des Ausschusses vor.

5.3. Anfragen

Keine

gez. Jens Voß

Vorsitzender des Schul- und Sportausschusses

gez. Schmermbeck

Schriftführerin

gez. Jens Holzrichter

Vorsitzender des Bau- und Verkehrsausschusses